



CARL BOWER

FOTO-TABLEAU: CHICA BARBIE 5/5

Die Königin ist noch nicht gewählt – die Massen sind bereit, zu richten und zu jubeln. Tausende haben sich in der kolumbianischen Stadt Manizales zur Miss-Wahl eingefunden. Die Leidenschaft, mit der das ganze Land die zahlreich stattfindenden Schönheitswettbewerbe verfolgt, hat den amerikanischen Fotografen Carl Bower irritiert und fasziniert: Er sah darin den Versuch einer von alltäglicher Gewalt und sozialen Problemen geplagten Bevölkerung, ein positiveres Selbstbild zu finden.

www.nzz.ch/tableau

ZUSCHRIFTEN VON LESERINNEN UND LESERN

EU-Recht selektiv übernehmen

Die Grüne Partei der Schweiz (GPS) ist sich des undemokratischen und zentralistischen Charakters der EU bewusst. Trotzdem befürwortet sie – allerdings unter Bedingungen – einen EU-Beitritt, um sich von der SVP abzugrenzen (NZZ 6. 8. 10). Damit haben die vielen unsere direkte Demokratie und unseren Föderalismus bejahenden, aber ökologischer und sozialer als die SVP denkenden EU-Gegner nach wie vor keine grössere Partei, die sie im Parlament vertritt.

Nach einem EU-Beitritt bekämen wir Gesetze von EU-Behörden, die wir – abgesehen von einer nur ein sehr geringes Stimmengewicht besitzenden Minderheit schweizerischer Vertreter – weder wählen noch abwählen könnten. Und die Kompetenzen der gesetzgebenden Behörden und des Volkes im Bund, in den Kantonen und in den Gemeinden würden sehr stark beschnitten. Ein Beitritt zur EU brächte uns damit einen massiven Demokratieverlust und deshalb einen gewaltigen und vielleicht nicht mehr korrigierbaren Rückschritt.

Wie der einen EU-Beitritt ablehnende grüne Nationalrat Geri Müller mit Recht bemerkt, dürfen wir aber die EU nicht als Feind ansehen. Denn es gibt in der EU ungeachtet ihres undemokratischen und zentralistischen Charakters vernünftige Magistrate. Unsere Spitzenpolitiker könnten denselben – wenn sie dazu wirklich gewillt wären – verständlich machen, dass wir unsere mit einem EU- oder EWR-Beitritt unvermeidbaren demokratischen und föderalis-

tischen Institutionen beibehalten möchten, denen wir zu einem guten Teil in unserem Land das friedliche Zusammenleben von Angehörigen verschiedener Sprachen zu verdanken haben. Als nicht zur EU gehörendes Land kann die Schweiz aus der Unmenge von EU-Normen die für uns nachahmenswerten Vorschriften autonom nachvollziehen und andere EU-Vorschriften (wie z. B. die grausamen EU-Normen über Tiertransporte) nicht übernehmen.

Die EU-Beitritts-Propaganda bezeichnet dies als «Rosinenpickerei», um den falschen Eindruck zu erwecken, es handle sich dabei um etwas Unanständiges. In Wirklichkeit gehört aber die freiwillige Übernahme oder Nicht-Übernahme von Vorschriften einer fremden Rechtsordnung in die eigene Rechtsordnung zu den selbstverständlichen Befugnissen eines souveränen Staates. So wurden etwa von der Türkei aus der schweizerischen Rechtsordnung Vorschriften des ZGB und in der Schweiz nordeuropäische Vorschriften über einen Ombudsmann übernommen.

Christoph Bürki, Bern

Schweizerische Werte

Ungeachtet dessen, ob man den optimistischen Blick von Raymond J. Bär («Vom belächelten Auslaufmodell zur respektierten Ausnahme», NZZ 10. 8. 10) in allen Aspekten teilen will: das ist eine Steilvorlage als Ermahnung und Gebrauchsanweisung, die eingerahmt über

jedes Bett in diesem Land gehängt werden sollte, damit wir täglich vor Augen haben, welche Werte zu pflegen und zu verteidigen sind. Chapeau!

Riet Frey, Davos

KORRIGENDA

zz. · Im Artikel «Tiefere Steuern für Ferienhausbesitzer» (NZZ 11. 8. 10) hiess es, dass Feriendomizile in aller Regel mit Hypotheken nur wenig belastet seien, so dass der zu versteuernde Eigenmietwert die abzugsfähigen Kosten übersteige. Diese Aussage ist in dem Sinn zu präzisieren, dass im Rahmen der interkantonalen Steuerauscheidung die Schulden und Schuldzinsen nach der prozentualen Verteilung der Aktiven auf die Kantone verlegt werden. Wenn also beispielsweise das Ferienhaus 10 Prozent der Aktiven des Steuerpflichtigen ausmacht, muss der Kanton, in dem sich dieses befindet, 10 Prozent der Schuldzinsen übernehmen, selbst wenn auf dem Feriendomizil selber keine Hypotheken bestehen.

zz. · Im Leserbrief von Swissmem-Direktor Peter Dietrich zur vorgesehenen Streichung der aufschiebenden Wirkung bei gewissen Ausschreibungen des Bundes (NZZ 11. 8. 10) wurde der letzte Satz nicht korrekt wiedergegeben. Er sei deshalb an dieser Stelle vollständig wiederholt: «Nicht vergessen werden darf, dass per sofort und ohne Gesetzesänderung beschwerdebedingte Mehrkosten für die öffentliche Hand dadurch gesenkt werden können, dass die Beschaffungsstellen dem Rechtsweg bereits in der Planung Rechnung tragen.»

Australiens Platzangst

Australien boomt – doch ein Bevölkerungswachstum soll nicht sein dürfen. Von Oliver Marc Hartwich

2,7 Einwohner pro Quadratkilometer: Das hört sich nicht unbedingt nach Klaustrophobie verursachender Überfüllung an. Trotzdem breitet sich in Australien derzeit Angst aus. Ein Kontinent, fast zweihundertmal so gross wie die Schweiz, aber mit einer kleineren Einwohnerzahl als die Benelux-Länder, hadert mit seiner positiv ausfallenden Bevölkerungsprognose – und übersieht die Chancen des Wachstums.

Wahlkämpfe sind selten die beste Gelegenheit für nüchterne Bestandesaufnahmen. Australien ist da keine Ausnahme. Nach dem Sturz von Premierminister Kevin Rudd infolge einer Palastrevolte Ende Juni benötigte seine Nachfolgerin Julia Gillard dringend ein Feld zur Profilierung bei den anstehenden Neuwahlen. Sie fand es in der Furcht vor einem weiteren Bevölkerungszuwachs. Seither wiederholt sie mantrahaft, dass sie sich kein grösseres Australien wünsche, sondern ein «nachhaltiges».

Rudd hatte sich den Unmut der Boulevardmedien zugezogen, als er sich als Anhänger der Idee eines «Big Australia» zu erkennen gegeben hatte. Eine Kommission hatte vorhergesagt, dass die Einwohnerzahl bis zur Jahrhundertmitte von derzeit 22,3 Millionen auf 35,9 Millionen steigen könnte. Eigentlich keine schlechte Prognose, denn die Kombination aus einer hohen Geburtenrate und dem Zuzug junger, qualifizierter Einwanderer würde den Alterungsprozess bremsen und Wachstumspotenzial schaffen.

Für viele Australier sind neue Nachbarn dennoch keine Wunschvorstellung. Australische Hauspreise sind hoch; Pendlerzüge in den Metropolen sind zur Rushhour bis auf den letzten Platz gefüllt. Auf Krankenhausbehandlungen muss teilweise lange gewartet werden, und wer mit dem Auto zur Arbeit fährt, der musste in den letzten Jahren angesichts des alltäglichen Staus seinen Wecker immer wieder einmal auf ein paar Minuten früher stellen.

Es ist die grosse Ironie Australiens, dass es zwar einerseits eines der am dünnsten besiedelten Länder der Welt ist. Es ist aber andererseits auch eines der urbanisiersten. Die fünf grössten Städte, Sydney, Melbourne, Brisbane, Perth und Adelaide, vereinigen beinahe zwei Drittel der Gesamtbevölkerung auf sich. Insgesamt leben etwa 85 Prozent der Australier in Städten, die sich überwiegend entlang der Küsten befinden. Das Landesinnere ist hingegen weitgehend unbewohnt, ja unbewohnbar.

Diese Geografie erklärt denn auch, warum immer mehr Australier Platzangst entwickeln. Dabei gäbe es jenseits aller Wüsten durchaus genügend Raum für eine deutlich grössere Population. Woran es hingegen mangelt, ist eine Strategie der australischen Politik, mit den Herausforderungen des Wachstums umzugehen. So benötigen die Züge für die Strecke zwischen den beiden grössten Städten des Bundesstaates Neusüdwales, Sydney und Newcastle, heute sogar einige Minuten länger als in den dreissiger Jahren des vergangenen Jahrhunderts. Das Wasser wird nicht in erster Linie wegen der Zuwanderer knapp, sondern wegen der jahrzehntelangen Vernachlässigung der Wasserinfrastruktur. Die Hauspreise sind auch deswegen in die Höhe geschossen, weil es den australischen Landesregierungen nicht gelungen ist, genügend Bauland am Rande der Städte auszuweisen.

Die Australier hätten gute Gründe, die politische Klasse für ihr chronisches Versagen bei der Gestaltung und Lenkung des Wachstums der australischen Metropolregionen verantwortlich zu machen. Doch diese lenkt geschickt von eigenen Fehlern ab, indem sie eine Reduzierung der Einwandererzahlen verspricht. Dabei bietet das Bevölkerungswachstum für Australien deutlich mehr Chancen als Risiken. Am Ende der schwersten globalen Wirtschaftskrise seit langem beträgt die Arbeitslosenquote in Down Under knapp über 5 Prozent. Die Wirtschaft wächst wieder so stark, dass die australische Zentralbank den Leitzins von derzeit 4,5 Prozent wohl weiter anheben muss. Im Infrastrukturbereich schlummern gigantische Investitionspotenziale. Bei Licht betrachtet wären dies beste Voraussetzungen für einen lange anhaltenden Boom Australiens. Doch statt die Gelegenheit beim Schopf zu fassen, überbieten sich australische Politiker in billiger Anti-Einwanderer- und Anti-Wachstums-Rhetorik. Bleibt zu hoffen, dass sie nur bis zum Wahltag am 21. August anhält und dann genauso schnell verschwindet, wie sie gekommen ist.

Oliver Marc Hartwich ist Research Fellow am Centre for Independent Studies in Sydney, Australiens grösstem unabhängigem Think-Tank (www.cis.org.au).

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 231. Jahrgang

REDAKTION
Chefredaktor: Markus Spillmann
Stellvertreter: Gerhard Schwarz, René Zeller
Koordination: Nicoletta Wagner
Nachrichtenchef: Luzi Bernet

International: Martin Woker, Jürg Dedial, Beat U. Wieser, Nicoletta Wagner, Cyril Stieger, Eric Gujer, Anton Christen, Andreas Ruesch, Oswald Iten, Meret Baumann

Schweiz: René Zeller, Christoph Wehrli, Claudia Schoch, Walter Hagenbüchle, Hanspeter Mettler, Claudia Baer, Claudia Wirz, Markus Hofmann, Martin Senti, Paul Schneeberger, Simon Gemperli. Bundeshaus: Beat Waber, Katharina Fontana. Medien: Rainer Stadler

Wirtschaft / Börse: Gerhard Schwarz, Walter Meier, Werner Enz, Beat Gygi, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Christian Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Marco Kauffmann Bossart, Michael Ferber, Thomas Stamm, Lucie Paška, Hansueli Schöchli

Feuilleton: Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Peter Hagmann, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Andrea Köhler, Uwe Justus Wenzel, Roman Büchel, Susanne Ostwald, Samuel Herzog
Zürich: Thomas Ribl, Michael Baumann, Adrian Krebs, Rebekka Haefeli, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Florian Sorg, Irène Trowler, Urs Bühler, Kuno Gurtner, Walter Berner, Brigitte Hürlimann, Stefan Hotz, Adi Kälin, Natalie Avanzino, Susanna Elmer. Zürcher Kultur: Urs Steiner, Philipp Meier, Ueli Bernays

Sport: Elmar Wagner, Peter Jegen, Christoph Fisch, Jan Mühlethaler, Flurin Clalaina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen

Nachrichtenredaktion: Claudia Schwartz, Susanne Ostwald, Manuela Nyffenegger, Daniel Wechlin

Reporter: Marcel Gyr, Alois Feusi, Lorenz Frischknecht

Wissenschaft / Forschung und Technik: Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Hanna (Lena Johanna) Wick

Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil · Digital / Reisen und Freizeit): Walter Hagenbüchle, Friedemann Bart, Stefan Betschon, Susanna Müller. NZZ-Campus: Jan Mühlethaler, Ronald Schenkel

GESTALTUNG/PRODUKTION
Leitung Art-Direction/Bild: Brigitte Meyer. Leitung Fotografen: Christoph Ruckstuhl. Produktionsleitung: Hansruedi Frei. Korrektorat: Stephan Dové. Archiv: Ruth Haener

WEITERE REDAKTIONEN

NZZ Folio: Daniel Weber. NZZ Film und Fernsehen: Wolfgang Frei. NZZ Online: Fredy Greuter. NZZ am Sonntag: Felix E. Müller

UNTERNEHMENSLEITUNG

Albert P. Stäheli (CEO), Markus Spillmann (Publizistik), Daniel Hofer (Verlage Zürich)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29
Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch
Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 13 23, E-Mail: verlag@nzz.ch
Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich
Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39
E-Mail: leserservice-schweiz@nzz.ch

International: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, E-Mail: leserservice-international@nzz.ch

Inserate: Publicitas, NZZ Media, Falkenstr. 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70

E-Mail: anzeigen@nzzmedia.ch, Internet: www.nzzmedia.ch
Druck: Zürcherstr. 39, CH-8952 Schlieren; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 258 18 74, E-Mail: print@nzz.ch

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement Inland inkl. Internetausgabe NZZ Global: 512 Fr. (12 Monate), 282 Fr. (6 Monate), 154 Fr. (3 Monate). Für Umleitungen wird eine Bearbeitungsgebühr von 7 Fr. erhoben. Unterbrüche, die mehr als 6 aufeinanderfolgende Ausgabetermine umfassen, werden ab der 7. Ausgabe vergütet.
Kombi-Abonnement inkl. NZZ am Sonntag und Internetausgabe NZZ Global: 610 Fr. (12 Monate), 343 Fr. (6 Monate), 192 Fr. (3 Monate)
Abonnement Deutschland und Österreich inkl. Internetausgabe NZZ Global: 395 € (12 Monate), 210 €

(6 Monate), 105 € (3 Monate). Übrige Auslandspreise auf Anfrage

Abonnement NZZ Global: 368 Fr. (12 Monate), 203 Fr. (6 Monate), 111 Fr. (3 Monate)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- und Lehrlingsausweis)
Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2010

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verkaufte Auflage: 139 732 Expl. (WEMF 2009)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.
© Neue Zürcher Zeitung AG